
Thomas Kröter:

Sperrmüll oder Gegenmacht?

Subjektive Anmerkungen zu Zustand und Perspektiven
der Gewerkschaftspresse

Thomas Kröter, geb. 1951 in Köthen/DDR, ist Redakteur der „Neuen Presse“, Hannover und Mitarbeiter des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“. 1981 hat er einige Monate in der Redaktion „metall“ gearbeitet.

Das war eine Provokation: Die „Welt der Arbeit“ und die „Quelle“, Wochenzeitung und Funktionärsorgan des DGB, aber auch das Jugendmagazin „ran“ sollten grundlegend verbessert oder eingestellt werden. Sie wurde nicht etwa von knauserig über die Beiträge der Mitglieder wachenden Kassierern oder wegen mangelnder Berücksichtigung beleidigten Vorstandsmitgliedern gestartet, sondern von den Pressesprechern von fünf Einzelgewerkschaften. Daß diese damit bei ihren Kollegen Redakteuren wenig Anklang finden würden, war abzusehen. Statt der „Fünfer-Bande“ setzte der DGB-Pressausschuß eine Siebener-Gruppe ein, die sich zwar dem Ruf nach Verbesserung und Konzentration der Mittel anschloß, den ketzerischen Gedanken

grundlegender Erfolgskontrolle aber schnell zu den Akten legte.¹ Szenen aus dem gewerkschaftlichen Presseleben...

Zwischen Lob und Häme

Solche Episoden erfüllen Journalisten, die das Problem der Gewerkschaftspresse gerne als Frage der Sperrmüllbeseitigung auffassen, natürlich mit mehr als nur klammheimlichem Vergnügen. „Die Helfer vom Roten Kreuz freuten sich: ihre Altpapier-Sammlung war an diesem Tag besonders erfolgreich. Vor den Pforten des großen Unternehmens konnten sie gleich ganze Stapel ungelesener, gut verpackter Zeitungen auf ihren Laster laden - alles Gewerkschaftspostillen“, so begann 1981 die angesehenere Wochenzeitung „Die Zeit“ einen langen Artikel zum Thema. Aber Spaß beiseite, an der dahintersteckenden Einstellung dürfte sich bis heute wenig geändert haben, auch wenn das Blatt schon damals den Medienexperten Hermann Meyn zitierte, der den Gewerkschaftszeitungen bescheinigte: „Aus den tristen Blättchen von einst sind muntere Magazine geworden, teils so flott geschrieben und illustriert, als ob sie sich am Markt behaupten müßten.“²

Ich bezweifle, daß selbst „metall“, die mit Abstand am aufwendigsten und professionellsten gemachte Gewerkschaftszeitung, dazu imstande wäre. Ich bin allerdings auch nicht der Auffassung, daß es ihre Aufgabe ist, der kommerziellen Massenpresse auf deren Terrain und mit deren Mitteln Konkurrenz zu machen.

„Gigant im Getto“ heißt ein Sonderheft der Fachzeitschrift „Medien“. Das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ sprach von einem „Gigant auf tönernen Füßen“.³ Rund 200 Millionen Exemplare beträgt pro Jahr die Auflage aller regelmäßig erscheinenden gewerkschaftlichen Publikationen zusammen (ohne Flugblätter, Sonderausgaben usw.). Um ebensoviele Exemplare abzusetzen, braucht die „Bild“-Zeitung nicht einmal zwei Monate. Trotzdem ist es nicht nur der Versuch, den Gegner möglichst groß und gefährlich darzustellen, wenn es in einer Publikation des unternehmereigenen „Instituts der Deutschen Wirtschaft“ heißt, der DGB konzentriere eine „umfassende publizistische Macht in seinen Reihen“, und die Gewerkschaftspresse sei zumindest von ihrer Auflage her in der Lage, der bürgerlichen Presse ein „publizistisches Gegengewicht entgegenzusetzen“.⁴ Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 200 bis 300 Millionen zitieren nach Angaben der Redaktion pro Jahr Artikel oder Interviews von „metall“. Sämtliche Zeitschriften des Grüner und Jahr-Verlages bringen es laut Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung auf insgesamt

1 Neuer Streit um Presse im DGB, Neue Presse, Hannover, 7.2.1986, S. 2.

2 Wenn der Chef ein Kollege ist. Beispiel Gewerkschaftspresse: Funktionäre als Arbeitgeber, Die Zeit, Nr. 44, 23.10.1981, S. 22 ff.

3 Hermann Meyn (Hrsg.), Gigant im Getto - Die Gewerkschaftspresse, Medien, Heft 3/1982; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt (DAS), Nr. 49, 8.12.1986, S. 10.

4 Reinhard Jühe, Gewerkschaftspresse. Organisation, Kosten, Ziele, Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Institut der Deutschen Wirtschaft, Nr. 22, Köln 1977, S. 52 f.

500 Millionen Erwähnungen.⁵ Ein „Gigant“ mag die Gewerkschaftspresse nicht sein - ein Zwerg ist sie ebensowenig.

Weit weniger Leser als Auflage

Auch das Bild von den „tönernen Füßen“ kommt jedoch nicht von ungefähr: Eine Untersuchung im Auftrag der IG Metall belegt empirisch, wie weit in einer kostenlos verteilten Zeitung Auflage und tatsächliche Leserzahl auseinanderklaffen. Danach bekommen 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder ihre Zeitschrift erst gar nicht zu Gesicht; weitere 30 Prozent vermuteten, nach dem „Heftschicksal“ befragt, sie wandere schnell in den Papierkorb. Nur 6 Prozent der Metaller bezeichneten sich als „Intensivleser“, 26 Prozent nahmen ein bis drei Viertel, 13 Prozent weniger als ein Viertel eines „metall“-Heftes zur Kenntnis. Ein weiteres Viertel der Gewerkschaftsmitglieder gab an, es lediglich durchzublätern. Der Durchschnittsgewerkschafter erteilte „metall“ die Note „befriedigend“. 2,6 statt 3,0 müsste bei der kommerziellen Presse die Mindestnote lauten, um ein Produkt am Markt durchzusetzen, kommentierte die von der Redaktion beauftragte Public-Relations-Firma.⁶

Kaum Schmeichelhafteres förderte eine Befragung im Auftrag der Deutschen Postgewerkschaft zutage: Danach wird ihr Zentralorgan „Deutsche Post“ von einer knappen Mehrheit der Mitglieder als „echtes Bindeglied“ zwischen Basis und Vorstand gewertet. Es kommt auf den Anspruch an, ob man darin ein positives oder ein negatives Ergebnis sieht. Klar sein dürfte das Urteil bei einer anderen Zahl: Nicht einmal jeder fünfte der befragten haupt- oder ehrenamtlichen Funktionäre meinte, das Blatt gelte etwas und man zeige sich gern damit.⁷

Zentralorgan bleibt Zentralorgan

Die Gründe dafür hegen meiner Ansicht nach auf der Hand: Lebendigere Aufmachung, aktuellere Themenwahl, flotterer Stil, kurzum das ganze „Face-Lifting“, dem sich die „Deutsche Post“ und die meisten anderen Gewerkschaftsblätter in den vergangenen Jahren unterzogen haben, konnten nichts an ihrem Charakter ändern. Äußerlich gehen sie mit der Zeit, aber sie bleiben, was sie seit zum Teil über 100 Jahren sind - Zentralorgane einer Interessenorganisation. Wer sich mit der „Deutschen Post“ oder einer beliebigen anderen Gewerkschaftszeitung zeigt, gibt sich als Mitglied dieser Organisation zu erkennen. Er läuft Gefahr, auch dann, wenn er es nicht will, auf deren Ziele angesprochen und in Diskussionen verwickelt zu werden. Ich habe Ver-

5 Nicht durch eigene Anmerkungen ausgewiesene Fakten und Zitate entstammen bisher nicht veröffentlichten Recherchen und Gesprächen des Autors mit Betroffenen.

6 M-Institut, Meinungsforschungen zur Mitgliederzeitung „metall“, Reporter Public Relations Gesellschaft, Vertriebs- und Publizitätskonzept für Metall, Frankfurt 1981 (o. Seitenzahl). Dies ist die aktuellste mir bekannte Untersuchung über „metall“. Eine Studie über die Funktionärszeitschrift „Der Gewerkschafter“ ist in Arbeit.

7 Ein echtes Bindeglied. Ergebnisse einer Meinungsbefragung über die „Deutsche Post“. Deutsche Post, Nr. 10, 20. 5.1983, S. 8 f.

ständnis dafür, wenn jemand sich diesem Druck nicht unentwegt aussetzen will.

Auch in der Öffentlichkeit werden die Gewerkschaftszeitungen mit ihrer Organisation identifiziert. Nichts illustriert das besser als die Affäre um die Sondernummer von „metall“ zur Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Zur Erinnerung: Auf der Frontseite war ein überdimensionales Bild zu sehen, das einen Mann mit einem Schild zeigte: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten. Diese Regierung will sie ausbluten.“ Die Aufregung reichte von der Bundesregierung bis zu den Vorsitzenden verschiedener Einzelgewerkschaften. Zeitungen, die sonst gern Zensur, Gängelung und Unfreiheit der Gewerkschaftspresse beklagen, warfen nun der Redaktion vor, sie habe „es verstanden, das buchstäbliche Feindbild an allen Kontrollinstanzen vorbeizuschleusen“.⁸ Für diese Identifikation der Zeitung mit der Organisation ist es unerheblich, ob das Blatt verkauft wird, wie die „Welt der Arbeit“, oder kostenlos an alle Mitglieder verteilt, wie die Zeitungen der Einzelgewerkschaften. Wer als Journalist einmal für den „Vorwärts“ geschrieben hat, weiß, daß dieser Beitrag in der Branche nicht einfach nur als normale bezahlte publizistische Arbeit gesehen wird, sondern auch als öffentliche Parteinahme für die SPD.

Nicht zurück zur Gartenlaube

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ich will damit weder die Notwendigkeit infrage stellen, die Gewerkschaftspresse besser, lebendiger, „journalistischer“ zu machen; ich will auch nicht die Forderung nach mehr Freiheit für die Redakteure relativieren. Journalisten sträuben sich nun einmal die Haare, wenn sie hören, daß ein Kollege wegen eines Leserbriefs, in dem er das Blatt kritisiert hat, bei dem er angestellt ist, gekündigt wird, Journalisten sträuben sich die Haare, wenn sie hören, daß Herausgeber von Publikationen persönlich den Redigierstift in die Hand nehmen. Und sie sträuben sich besonders, wenn der kündigende Arbeitgeber ein Gewerkschaftsverlag und der streichende Herausgeber der Vorsitzende einer Einzelgewerkschaft ist. Aber es läßt sich auch nicht wegdiskutieren, daß Gewerkschaftszeitungen „Instrumente zur Durchsetzung der Politik von Bundeskongreß und Vorstand sind“, wie es der Chefredakteur der IG-Bergbau-Zeitung „einheit“ festgestellt hat.⁹ Und er setzte, vielleicht etwas apodiktisch, aber zutreffend, hinzu: „Journalisten in der Tendenzpresse, die Politik auf eigene Faust machen wollen, haben ihre Aufgabe nicht begriffen.“ Solange Gewerkschaftszeitungen „Zentralorgane“ sind, wird sich an dieser Einschränkung journalistischer Freiheit nichts ändern.

Meiner Ansicht nach hat die Diskussion über journalistische Freiheit bei den Gewerkschaftszeitungen gelegentlich allerdings einen heuchlerischen

⁸ metall, Sonderausgabe, 14 11 1985.

⁹ DAS, a. a 0

Zungenschlag. Oft wird in der veröffentlichten Meinung dabei vergessen, wie es mit der Freiheit in der privatwirtschaftlich organisierten Presse oder auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk aussieht. Und da fällt mir so schnell kein Fall ein, wo ein gemäßregelter Redakteur einen verantwortlichen Posten behält oder einen neuen bekommt, wie es vor Jahren passierte, als der Chefredakteur des DGB-Jugendmagazins „ran“ abgelöst wurde, derselbe aber bis heute Chef der „Welt der Arbeit“ geblieben ist.

Der DGB hat eine Chance verspielt

Eine weitere Erfahrung gilt für die privatwirtschaftliche und Gewerkschaftspresse gleichermaßen: Journalisten allein sind nicht in der Lage, ein Blatt nach vorn zu bringen oder herunterzuwirtschaften. Ich gebe zu, daß ich die „Welt der Arbeit“ zu selten lese, um mich fundiert in die inhaltliche Diskussion über ihre Qualität einmischen zu können. Aber wenn ihr Werbeetat ganze 17 000 Mark im Jahr ausmacht, ist die sarkastische Bemerkung ihres Chefredakteurs berechtigt, der meint, der Vorwurf, die WdA werde am Markt vorbeiproduziert, gehe schon deshalb ins Leere, „weil der Markt erst gar nichts von uns erfährt“.¹⁰

Die bundesdeutschen Gewerkschaften haben zu Beginn der fünfziger Jahre eine einmalige publizistische Chance verspielt. Für 400 000 Mark hätten sie von der britischen Besatzungsmacht die renommierte Tageszeitung „Die Welt“ kaufen können.¹¹ Ob sie damit erfolgreicher gewesen wären als der Verleger Axel Springer, der mit seinem publizistischen „Flaggschiff“ stets Verluste eingefahren hat? Darüber läßt sich heute nur noch spekulieren. Die aktuelle Diskussion um das publizistische „Flaggschiff“ des DGB mutet mich jedoch anachronistisch an. Wer sieht, wie alle Wochenzeitungen mit Ausnahme der „Zeit“ Auflagenprobleme haben; wer sieht, wie der sozialdemokratische „Vorwärts“ am Rande des Abgrunds wandelt, kann kaum ernsthaft glauben, eine wie auch immer aufgepeppte „Welt der Arbeit“ habe Chancen am Markt. Für völlig unrealistisch halte ich den halbherzigen Versuch einer Mischung zwischen Verkaufs- und Verteilzeitung, der neuerdings diskutiert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man Käufern klarmachen will, daß sie für ein Produkt zu bezahlen haben, das andere gratis erhalten.

Ich glaube darüber hinaus, daß in dieser Debatte einiges durcheinander geht: Die Journalisten streben eine gewerkschaftliche oder gewerkschaftsnahe Wochenzeitung an, die hochkarätige Berichte und Interviews aus der Arbeits- und Gewerkschaftswelt veröffentlicht. Im günstigsten Fall käme dabei ein gewerkschaftliches Pendant zum „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ oder zum „Rheinischen Merkur“ heraus, deren Defizite von den Kirchen gedeckt werden, in denen aber die spezifisch kirchlichen Themen eine - zwar besondere, aber eher doch - Rolle unter vielen spielen. Eine solche

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Karl-Heinz Harenberg, Die Welt - Eine deutsche oder eine britische Zeitung?, Hamburg 1962.

Zeitung wäre kein journalistisches „Flaggschiff“ oder gar ein „Sprachrohr“ des DGB, wie es in den Vorständen für nötig erachtet wird. „Sprachrohr“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist meiner Ansicht nach dessen Vorsitzender, der seine Meinung auch über seine Pressestelle oder in Interviews zu Gehör bringen kann. Eine eigene Zeitung für Verlautbarungen ist überflüssig.

Keine Alternative zur „Verteilpresse“

Trotz aller Kritik nicht überflüssig bleibt die Presse der Einzelgewerkschaften. Denn trotz aller Streuverluste sind die Zeitungen in einer Zeit, da am Arbeitsplatz immer weniger Gelegenheit zum Gespräch besteht, in einer Zeit, da der Gewerkschaftskassierer längst durch den automatischen Bankeinzug ersetzt wurde, das wichtigste regelmäßige Bindeglied zwischen Vorstand und Basis. Insofern sehe ich keine Alternative zur „Verteil-Presse“. Allerdings erlangt die Arbeit der gewerkschaftlichen Pressestellen immer größere Bedeutung auch für die Wirkung nach innen.

Arbeitnehmer sind nicht nur über die „eigene“ Presse ansprechbar, sondern dem täglichen Medienkonsum ausgesetzt. Wenn die ÖTV zum Beispiel zu Beginn der Tarifrunde ihre Vorsitzende Monika Wulf-Mathies mit über 50 schreibenden Journalisten und mehreren Fernseh-Teams auf diese Reise quer durch die Bundesrepublik schickt und dabei die Arbeitsbedingungen von Müllwerkern, Straßenmeistern, Kanalreinigern und Krankenschwestern vorführt, wirkt das nicht nur auf Leser und Zuschauer, die mit dem Öffentlichen Dienst nichts zu tun haben. Der Bericht im Fernsehen oder in der Tageszeitung erreicht auch mehr ÖTV-Mitglieder als die obendrein Wochen später erscheinende Reportage im „ÖTV-Magazin“.

Betriebsberichte: Chancen und Probleme

So wie die Pressestellen nach innen, hat die Gewerkschaftspresse eine wichtige Funktion auch nach außen. „Es hat in meinen Augen wenig Sinn, schwachen Abklatsch zu drucken, wenn die Themen anderswo und allgemein zugänglich schlicht und einfach kompetenter behandelt werden“, machte ein Leser seinem Ärger über die Zeitschrift „Erziehung und Wissenschaft“ der GEW Luft.¹² Es gibt kein Thema, das in den Gewerkschaftszeitungen kompetenter behandelt werden könnte als die Arbeitswelt und ihre Konflikte. Für mich und viele Kollegen sind solche Berichte oft Anlaß zu eigener Recherche. Die vorliegenden Umfragen zeigen, daß sie auch bei den „normalen“ Lesern, den Mitgliedern der Gewerkschaften, zu den beliebtesten Themen ihrer Zeitungen zählen.

Betriebsreportagen sind dabei das komplizierteste Kapitel des Gewerkschaftsjournalismus. Die häufigen Behinderungen durch den betroffenen Unternehmer stellen das kleinere Übel dar, zumal sie selbst zum Gegenstand

¹² GEW-Barometer. Leser sagen uns die Meinung, Erziehung und Wissenschaft, 10/1985, S 26 ff

der Berichterstattung werden können. In meiner einige Jahre zurückliegenden Tätigkeit bei „metall“ habe ich jedoch feststellen müssen, daß man auch bei den „Kollegen vor Ort“ als Vertreter der Gewerkschaftszeitung keineswegs immer mit offenen Armen empfangen wird. Der „metall“-Chefredakteur bestätigt, daß es bei verantwortlichen Funktionären und Betriebsräten immer noch nicht selten die Haltung gibt: „Wir brauchen keine öffentliche Unterstützung.“

Es kommt zum Beispiel vor, daß ein Betriebsrat sich in einem Konflikt aus verständlichen, „realpolitischen“ Gründen bereits auf eine Kompromißlinie mit der Geschäftsleitung verständigt hat. Die möchte er nun in „seiner“ Zeitung gefeiert sehen. Für die Kollegen ist es dann kaum möglich, über in der Belegschaft noch vorhandene Kritik zu berichten. Ich habe überhaupt die Erfahrung gemacht, daß bei Funktionären der unteren Ebenen die Einsicht, daß die Kollegen Journalisten eine „lange Leine“ brauchen, weniger ausgeprägt ist als in Vorstandskreisen, die besser an den Umgang mit den Medien gewöhnt sind.

Wechselseiten: „Regionale Zentralorgane“

Ein weiteres Beispiel dafür geben die lokalen „Wechselseiten“ ab, die ein wichtiger Bestandteil nicht nur von „metall“, sondern auch Zeitungen anderer Einzelgewerkschaften geworden sind. 80 Prozent der Mitglieder lesen, nach einer Studie im Bereich der IG Metall, ihr Blatt lieber, wenn darin eine Seite der örtlichen Verwaltungsstelle erscheint.¹³ Von journalistischer Unabhängigkeit dieser Lokalseiten kann nicht die Rede sein. Regionale „metall“-Korrespondenten helfen bei der Gestaltung, das Sagen aber hat der Ortsbevollmächtigte - und das in einer viel direkteren Form als das verantwortliche. Vorstandsmitglied auf Bundesebene.

Dennoch halte ich diese Seiten für eine gute Einrichtung, nicht zuletzt, weil sie den Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit geben, sich in ihrer Zeitung wiederzufinden, und sei es nur auf dem Foto von der jüngsten Sitzung des Vertrauensleutkörper eines großen örtlichen Unternehmens. Man mag es belächeln, wenn die „einheit“ oder der „Deutsche Eisenbahner“ oder die „einigkeit“ von NGG und GTB lange Spalten mit den Namen von Geburtstagskindern oder Gewerkschaftsjubilanten füllen. Auch die meisten Lokalredakteure von Heimatzeitungen stöhnen über diese „unjournalistische“ Art der Berichterstattung. Aber wer schon einmal einen Leser am Telefon hatte, der sich beschwerte, weil er nicht berücksichtigt wurde, weiß, wie wichtig solche Rubriken für die Leser-Blatt-Bindung sind.

Hochmut ist fehl am Platz

Um abermals Mißverständnissen vorzubeugen: Ich rede keiner Rückkehr zur gewerkschaftlichen „Gartenlaube“ das Wort. Aber ich warne davor, über

¹³ Rüdiger Kahlke, Gewerkschaftspresse und lokale Wechselseiten, Das Beispiel „metall“. in: Hermann Meyn (Hrsg.), a. a. O., S. 32 ff.

Leserinteressen hochmütig hinwegzudiskutieren - schließlich gelten alle möglichen „Service“-Themen vom Verbrauchertip bis zum Reisevorschlag, vom Preisrätsel ganz zu schweigen, als wichtige Errungenschaften. Auch hier haben die Gewerkschaftszeitungen in der Tat ein wichtiges Feld, selbst wenn sie, zum Beispiel beim Thema Lohnsteuerberatung, gegen entsprechende Aktionen vieler Zeitungen ankämpfen müssen. Die einzige Ausgabe von „metall“ übrigens, die den Verteilern buchstäblich aus den Händen gerissen wird, ist jene, die einen Kalender zum Eintragen der Schichtpläne enthält.

Auf die Frage nach dem Unterschied zwischen Ist- und Sollzustand klappte bei einer Untersuchung des Organs der GEW die Schere bei einem Punkt mit Abstand am weitesten auseinander: Nur knapp über 25 Prozent hielten sie für eine „Zeitschrift für kontroverse Diskussion“ - aber 75 Prozent wünschten sie sich so. Es ist in der Tat nicht ohne Pikanterie, daß man aus dem „Handelsblatt“ mehr über den wirklichen Verlauf eines Gewerkschaftstages erfahren kann, als aus der Publikation des Veranstalters. Lehrer sind sicher nicht repräsentativ für den DGB, aber die Leserbriefspalten der Gewerkschaftspresse zeigen, wie diskussionsfreudig zumindest ein Teil der Mitglieder ist. „Die Kollegen spüren, daß sie hier auch vorstandsferne Meinungen äußern können“, formuliert der Redaktionschef der „Deutschen Post“.¹⁴ Solche Beteiligung stärker zu fördern wäre eine durchaus lohnende Aufgabe, wobei betont sei: Ich denke nicht an die Grabenkämpfe, die sich die Protagonisten des Schriftstellerverbandes in der „Feder“ gelegentlich liefern. Zumindest in den Funktionärszeitschriften müßten aber breitere Diskussionen über gewerkschaftliche Zukunftsfragen möglich sein. Ist die Forderung nach öffentlicher Diskussion der Tarifpolitik wirklich nur Hirngespinnst „blauäugiger“ Intellektueller? Demoskopische Umfragen, wie sie „metall“ zur Arbeitszeit oder zur Arbeitsbelastung gestartet hat, sorgen zwar auch für Diskussionsstoff, machen die Betroffenen aber eher zum Objekt als zum Subjekt der Debatte.

Gegenmacht: Eine politische Frage

Alle Veränderungen aber werden nichts daran ändern, daß ein Teil der Auflage der Gewerkschaftszeitungen weiter auf dem Sperrmüll landet. Dieses Schicksal teilen sie mit den kostenlosen Anzeigenblättern, die wohl kaum so zahlreich produziert würden, gingen die Inserenten nicht davon aus, daß zumindest ein Teil der Auflage von den Adressaten zur Kenntnis genommen wird. Um sogenannte „Streuverluste“ zu vermeiden, gehen im übrigen immer mehr Gewerkschaften dazu über, ihre Zeitungen per Post zu verschicken, statt im Betrieb zu verteilen. Bei „metall“ versucht man, die verteilte Auflage zu verknappen. Doch das ist hart an der Grenze der Satzungslegalität, da jedes Gewerkschaftsmitglied mit seinem Beitrag das Recht auf eine Zeitung hat. Die Voraussetzung für den Erfolg der „Gewerkschaftspostillen“ bleiben ihre Inhalte. Publizistische Gegenmacht werden sie jedoch nur dann entfalten können, wenn sie in der jeweiligen Organisation verankert sind und von den

¹⁴ „Erziehung und Wissenschaft“, ebda, DAS, ebda

Vorständen als wichtiges, aber höchst sensibles Mittel ihrer Politik verstanden werden, das ein großes Maß an Freiheit braucht, um jene Kreativität zu entwickeln, die es erst wirklich wirksam macht. Grundbedingung für die Entwicklung publizistischer Gegenmacht ist allerdings, daß sich die Gewerkschaften insgesamt als soziale und politische Gegenmacht verstehen und verhalten.